

Die Vertreter der Stadtratsfraktionen werden nacheinander Stellung zur Haushaltssatzung nehmen.

Der Anfang macht Ratsherr Wilcke für die CDU-Stadtratsfraktion. Er führt aus, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt zustimmen wird. Zu den Anträgen der SPD nimmt er Stellung.

Anschließend kommentiert Ratsherr Danz für die SPD-Fraktion den Haushalt. Er erläutert seine Anträge:

- 1.) Gründung einer kommunalen Grundstücks- und Wohnungsbaugesellschaft
- 2.) Erstellung eines Sportstättenentwicklungsplan für Rheinbach
- 3.) Neubau einer Einfeldturnhalle für die Gesamtschule Rheinbach
- 4.) Entwicklung des „Pallotiner-Geländes“
- 5.) Radverkehrskonzept für die Stadt Rheinbach
- 6.) Fahrradabstellanlage anstatt weiterer P&R-Parkplätze am Bahnhof
- 7.) Fläche für eine Fahrradabstellanlage am Römerkanal-Informationszentrum sicherzustellen

Den Ausführungen von Ratsherrn Wilcke ist zu entnehmen, dass die CDU-Fraktion den politischen Initiativen der SPD-Fraktion nicht folgen wird, obwohl es vielfältige Angebote der Mitarbeit gibt. Deshalb wird die SPD-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen.

Ratsherr Logemann stimmt für die FDP-Fraktion der vorgelegten Haushaltssatzung 2019 und der Fortschreibung des Haushaltssicherkonzeptes zu.

Für die UWG-Fraktion spricht sich Ratsherr Huth gegen den Haushalt aus. Ebenfalls wird es eine Zustimmung für die vorgesehenen neuen Personalstellen und Höherdotierungen nicht geben.

Ratsherr Dr. Lenke und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen werden ebenfalls den Haushalt ablehnen.

Es folgt eine kontrovers geführte Diskussion über die Redebeiträge.

Ratsherr Dr. Ganten schlägt vor, dass wegen der Diskussion über den Stellenplan eine Aufstellung der Arbeiten erfolgen soll. Danach wird in einer Prioritätenliste die Reihenfolge die Abarbeitung der Aufgaben festgelegt. Er hat einen solchen Antrag bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr gestellt.

Bürgermeister Raetz lässt zunächst getrennt über die Anträge der SPD-Fraktion abstimmen. Sodann erfolgt die getrennte Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.